

Verfolgt wegen ihres Glaubens

# Bangladesch

Kein anderes Land hat 2017/18 so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Bangladesch. Mehr als eine Million Angehörige der ethnisch-religiösen Minderheit der Rohingya sind seit August 2017 aus dem Nachbarstaat Myanmar geflohen, wo sie verfolgt und von Haus und Hof vertrieben wurden. Frauen wurden in großer Zahl vergewaltigt. Unter denen, die ermordet wurden, sind auch Greise und Kinder. Amnesty International wirft dem Militär in Myanmar Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Rohingya vor. Der Bericht nennt namentlich Armeechef Min Aung Hlaing und zwölf weitere Angehörige des Militärs. Sie seien Schlüsselfiguren einer systematischen Kampagne von Gräueltaten gegen die Angehörigen der muslimischen Minderheit – darunter Mord, Vergewaltigung, Folter und eine vorsätzlich herbeigeführte Hungersnot, und müssten deshalb vor ein Gericht gestellt werden. Die UN-Sonderberichterstatterin für Myanmar, Yanghee Lee, sprach von Merkmalen eines Völkermords. Im September 2018 entschied der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag auf Antrag der Chefanklägerin Fatou Bensouda, die Verbrechen gegen die Rohingya juristisch zu prüfen.

Myanmar ist ein mehrheitlich buddhistischer Staat. Mönche aus der Hauptstadt Yangon traten zu Beginn der Verfolgung in der Region Rakhine als Scharfmacher auf. Eine wichtige Rolle spielen auch wirtschaftliche Interessen der Militärs und politische Interessen der die Zentralregierung stellenden Nationalen Liga für Demokratie (NLD). Rakhine, heute ein Bundesstaat Myanmars, war bis 1784 Kerngebiet des Königreichs Arakan, das sich bis ins heutige Bangladesch ausdehnte. Trotz der ethnischen und religiösen Unterschiede gab es über eine lange Zeit einen regen Handels- und auch Bevölkerungsaustausch.

Amnesty International hat wiederholt die Weltöffentlichkeit aufgefordert, Bangladesch bei der Versorgung der Rohingya-Flüchtlinge zu unterstützen. Das Land ist mit mehr als 160 Millionen Einwohnern auf einem Drittel der Fläche Deutschlands der am dichtesten bevölkerte Flächenstaat der Erde. Einige Male hat die Regierung in Dhaka versucht, mit Myanmar eine Rückkehr der Flüchtlinge auszuhandeln. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen dringen darauf, dass eine solche Rückkehr nur freiwillig und unter gesicherten Verhältnissen vollzogen werden darf. Für Unruhe unter den Rohingyas sorgt zudem der Plan der bangladeschischen Regierung, mehr als hunderttausend Flüchtlinge auf einer in den letzten 20 Jahren neu entstandenen öden Insel im Golf von Bengalen unterzubringen.

Unabhängig davon ist die Religionsfreiheit auch in Bangladesch selbst seit Jahren stark bedroht. In den Jahren 2012 bis 2017 wurden zahlreiche Atheisten – Kulturschaffende, Publizisten, Blogger – ermordet. Das setzte sich auch im Wahljahr 2018 fort. Am 3. März wurde Prof. Muhammad Zafar Iqbal, Physiker und Science Fiction-Autor, bei einem Überfall auf dem Campus der Shahjalal University of Science and Technologies in Sylhet durch drei Messerstiche in den Rücken schwer verletzt. Der später festgenommene mutmaßliche Täter sagt zu seinem Motiv, der Autor sei ein Feind des Islam. Immer wieder kommt es zu Anschlägen islamistischer Terroristen. Einer der schwersten geschah am 1. Juli 2016, als ein Restaurant im Diplomatenviertel Gulshan in Dhaka gestürmt wurde. Wer keine Sure aus dem Koran vorbeten konnte oder als Frau kein Kopftuch trug, wurde ermordet – insgesamt 22 Menschen. Im Juni 2018 wurde der säkulare Schriftsteller Shahzahan Bachchu ermordet. Sein mutmaßlicher Mörder starb drei Wochen später bei einem „Schusswechsel“ mit der Polizei – mutmaßlich durch extralegale Hinrichtung. Nach Aussage seines Vaters war er schon am Vortag verhaftet worden.

Neben Atheisten sind vor allem Angehörige der Hindu-Minderheit bedroht. Anlass für schwere Ausschreitungen kann schon ein fraglicher Facebook-Eintrag sein, der von Muslimen als beleidigend empfunden wird. Begonnen hat der Exodus der Hindus schon vor langer Zeit. Die bengalischen Teilungen mit der Bildung Ostbengalens (1905), Ostpakistans (1947) und später Bangladeschs (1971) gingen einher mit Vertreibungen. Millionenfach haben Hindus das Land verlassen, zuletzt in großer Anzahl nach schweren Ausschreitungen 1991/92, um das Jahr 2001

und erneut 2015 bis 2017. Bildeten sie ehemals ein Drittel der Bevölkerung, so sind es heute nur noch etwa zehn Prozent. Die Muslime stellen mit 85 Prozent die Mehrheit. Die meisten gehören der sunnitischen Glaubensrichtung an. Buddhisten, Animisten und Christen bilden kleine Minderheiten.

1971, nach dem Befreiungskrieg, wurde Säkularismus – also die Trennung von Staat und Religion – in die Verfassung Bangladeschs aufgenommen. Dennoch wurde der Islam 1988 zur Staatsreligion erklärt. Dieser Schritt durch den damaligen Militärmachthaber Muhammad Ershad erfolgte nicht rein aus religiösen Gründen, sondern zur Absicherung seiner Macht. Auch versprach er sich und dem Land höhere Entwicklungshilfe aus einigen reichen islamischen Staaten.

Seit der Staatsgründung sind in Bangladesch immer wieder Anzeichen für ein Erstarken des islamischen Fundamentalismus zu beobachten. Opfer waren neben den schon erwähnten Gruppen seit Beginn auch die Ahmadiyyas, die sich selbst als Muslime sehen, obwohl sie sagen, Mohammed sei nicht der letzte Prophet. Muslimische Frauen, die ihr Gesicht nicht verschleiern, spüren vor allem in ländlichen Regionen, inzwischen aber auch schon in Dhaka den Druck der Gesellschaft. Einige wurden überfallen und geschlagen, darunter 2014 eine prominente Journalistin. Auch hinter den Steinigungen so genannter Ehebrecherinnen steht fast immer ein Mullah, der glaubt, er könne das Recht selbst in die Hand nehmen. Im April 2019 wurde eine junge Frau, die in einer Koranschule zum Geschlechtsverkehr gezwungen werden sollte und dies zur Anzeige brachte, von drei Mitschülern und einem Lehrer angezündet. Sie erlag wenige Tage später den Verbrennungen. Die Täter gaben an, von dem Leiter der Koranschule zu der Tat angestiftet worden zu sein.

Während die regierende Awami League die Partei Jamaat-e-Islami entschieden bekämpft und sogar ein Verbot der Wahlteilnahme durchgesetzt hat, hat sie sich mit einer anderen fundamentalistischen Bewegung, der Hefazat e Islami, verbündet. Auf deren Druck hin wurde die Ausbildung in den Koranschulen (Madrasas) der in anderen Schulen gleichgestellt. Die Schulbücher wurden in den vergangenen drei Jahren in der Weise verändert, dass islamische Werte vertreten werden. Große Teile des Schulstoffs werden mit Beispielen aus dem Koran erklärt. Zudem fördert die Regierung mit staatlichem Geld den Bau und den Unterhalt von Moscheen und islamischen Kulturzentren.

Opfer sind auch Angehörige religiöser Minderheiten. Der LGBT-Aktivist und Journalist Xulhaz Mannan wurde am 26. April 2016 in seiner Wohnung überfallen und brutal ermordet. Er starb für sein Engagement als Herausgeber des ersten LGBT-Magazins in Bangladesch. Ein zweiter Mitarbeiter wurde ebenfalls ermordet. Auch drei Jahre danach ist noch keiner der Mörder vor Gericht gestellt worden.

Die Regierung hat die Gesetze, die die Meinungsfreiheit unterdrücken, weiter verschärft – auch zu Lasten der Religionsfreiheit. Im Oktober 2018 hat Staatspräsident Abdul Hamid den neuen „Digital Security Bill 2018“ in Kraft gesetzt. Er geht weit über Section 57 des bisherigen Gesetzes hinaus. So schreibt beispielsweise der neue Paragraph 21 vor, dass jeder, der im Internet „negative Propaganda“ über den Befreiungskrieg oder den Vater der Nation, Sheikh Mujibur Rahman, verbreitet oder verbreiten will, mit bis zu 14 Jahren und im Wiederholungsfall lebenslanger Haft bestraft werden kann. Die Gewährung einer Kautions ist nicht möglich. Paragraph 28 richtet sich gegen jene, die angeblich die Religion herabwürdigen und damit religiöse Werte oder Gefühle verletzen; sie können mit bis zu sieben, im Wiederholungsfall zehn Jahren Haft bestraft werden. Bei einem Verdacht kann die Polizei die Betroffenen ohne richterlichen Haftbefehl festnehmen.

*(Bernhard Hertlein, Amnesty International, Kogruppe Bangladesch)*